

## Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	11
Abkürzungsverzeichnis	27
Kapitel 1 – Einführung und Grundlagen	33
A. Einleitung	33
II. Gegenstand der Untersuchung und thematische Eingrenzung	39
III. Gang der Untersuchung	40
B. Thematische Grundlagen	41
I. Überstunden als unsystematisch gehandhabte Nebenmaterie	42
II. Begriffsvielfalt: Überstunden, Mehrarbeit, Überarbeit, Überschichten,...	43
Kapitel 2 – Historische Entwicklung von Überstunden und Mehrarbeit	59
A. Einleitung	59
B. Arbeitszeitregulierung in der Weimarer Republik	60
I. Arbeitszeitverordnungen von 1918 und 1919 – Strenge Arbeitszeitorbergrenzen	61
II. Arbeitszeitverordnung von 1923 – Allgemeine Zulassung von Mehrarbeit	66
III. Arbeitszeitverordnung von 1927 – Einführung einer Mehrarbeitsvergütung	72
C. Arbeitszeitregulierungen im Nationalsozialismus	80
I. Arbeitszeitverordnung von 1934 – Formale Neufassung	82
II. Arbeitszeitverordnung von 1938 – Wiederholte Neufassung	88
III. Außerkraftsetzen arbeitszeit- sowie arbeitsrechtlicher Prinzipien ab 1939	92

D. Entwicklung der Rechtslage in der Bundesrepublik Deutschland bis 1994	93
I. Rechtslage in der unmittelbaren Nachkriegszeit von 1945 bis 1949	94
II. Rechtsentwicklung von 1950 bis 1994	96
E. Entwicklung der Rechtslage seit Geltung des ArbZG ab 1994	145
I. Überblick über die allgemeine Entwicklung des Arbeitsrechts	146
II. Schlusspunkt: Rechtsentwicklung von Überstunden bis zur heutigen Handhabung	162
F. Gesamtergebnis und Schlussfolgerungen	183
 Kapitel 3 – Bestimmung von Überstunden und ihren Tatbestandsvoraussetzungen	 185
A. Einleitung	185
B. Grundlegende Bestimmung von Überstunden	185
I. Überstundenleistung als Arbeitsleistung	186
II. Definition von Überstunden	187
C. Anforderungen an die Optionalität von Überstunden	209
I. Anfallhäufigkeit und -regelmäßigkeit von Überstunden	209
II. Veranlassung oder Zurechnung von Überstunden	227
D. Gesamtergebnis	311
 Kapitel 4 – Rechtsgrundlagen einer Überstundenleistung	 315
A. Einleitung	315
B. Überstundenleistung auf vertraglicher Grundlage	315
I. Überstunden im Rahmen einer arbeitsvertraglichen Hauptleistungspflicht	316
II. Überstunden im Rahmen einer Neben-, Nebenleistungs- oder Treuepflicht	320
III. Ergebnis	340
C. Überstundenleistung im außervertraglichen Rahmen	341
I. Keine Verdrängung durch die Grundsätze des fehlerhaften Arbeitsverhältnisses	342

II. Überstundenleistung im Rahmen einer Geschäftsführung ohne Auftrag	342
III. Überstundenleistung ohne rechtliche Grundlage	363
D. Gesamtergebnis	363
 Kapitel 5 – Vergütung oder sonstige Kompensation einer Über- stundenleistung	 365
A. Einleitung	365
B. Quasigesetzliche Überstundenvergütungsnorm § 612 Abs. 1 BGB	366
I. Allgemeine Voraussetzungen von § 612 Abs. 1 BGB	367
II. Zulässige Umgestaltung des § 612 Abs. 1 BGB?	420
III. Ergebnis	500
C. Schuldrechtliche Vergütungs- oder Kompensationsansprüche	501
I. Vertraglicher Vergütungsanspruch	501
II. Außervertragliche Kompensationsansprüche	505
III. Zusammenfassung und Ergebnis	548
D. Gesamtergebnis und Ausblick	549
 Kapitel 6 – Ergebnisse	 553
A. Gesamtfazit der Untersuchung	553
B. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	557
 Literaturverzeichnis	 571
 Verzeichnis analoger und digitaler Fundstellen historischer Gesetzesexte	 603

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	27
Kapitel 1 – Einführung und Grundlagen	33
A. Einleitung	33
I. Relevanz des Themas	33
II. Gegenstand der Untersuchung und thematische Eingrenzung	39
III. Gang der Untersuchung	40
B. Thematische Grundlagen	41
I. Überstunden als unsystematisch gehandhabte Nebenmaterie	42
II. Begriffsvielfalt: Überstunden, Mehrarbeit, Überarbeit, Überschichten,...	43
1. Abriss der historischen Begriffsentwicklung	44
a) Weimarer Republik und Nationalsozialismus	44
aa) Gesetzgeberische Begriffsverwendung	45
bb) Begriffsverwendung in Rechtsprechung und Literatur	46
b) Zeitspanne von 1945 bis 1994	48
aa) Gesetzgeberische Begriffsverwendung	49
bb) Begriffsverwendung in Rechtsprechung und Literatur	49
c) Seit der öffentlich-rechtlichen Arbeitszeitrechtsreform zum ArbZG im Jahr 1994	52
aa) Gesetzgeberische Begriffsverwendung	53
bb) Begriffsverwendung in Rechtsprechung und Literatur	54
2. Ergebnis und Schlussfolgerungen	56
Kapitel 2 – Historische Entwicklung von Überstunden und Mehrarbeit	59
A. Einleitung	59

<b>B. Arbeitszeitregulierung in der Weimarer Republik</b>	<b>60</b>
I. Arbeitszeitverordnungen von 1918 und 1919 – Strenge Arbeitszeitorbergrenzen	61
1. Erste gesetzliche Überstundenvorgaben	61
2. Überstunden in der arbeitsrechtlichen Literatur	65
II. Arbeitszeitverordnung von 1923 – Allgemeine Zulassung von Mehrarbeit	66
1. Differenzierte gesetzliche Regulierung von Mehrarbeit	67
2. Dynamisierung des Anwendungsbereichs der Verordnung	69
3. Mehrarbeitspflicht aus § 3 der Verordnung?	69
4. Bezahlungsregelungen für Mehrarbeit	70
III. Arbeitszeitverordnung von 1927 – Einführung einer Mehrarbeitsvergütung	72
1. Gesetzliche Mehrarbeitsvergütungsregel in § 6a der Verordnung	74
2. Bezahlung sog. verbotener Mehrarbeit und der § 612 BGB	77
3. Erweiterte Erlaubnistatbestände für Mehrarbeit im neuen § 10 der Verordnung	79
4. Entstehen des Merkmals der Anordnung	79
<b>C. Arbeitszeitregulierungen im Nationalsozialismus</b>	<b>80</b>
I. Arbeitszeitverordnung von 1934 – Formale Neufassung	82
1. Inhaltliche Beibehaltung des bisherigen Anwendungsbereichs	83
2. Weitgehende Beibehaltung der gesetzlichen Regeln bei inhaltlicher Uminterpretation	84
3. Weitgehende Beibehaltung der Mehrarbeitsvergütung bei inhaltlicher Uminterpretation	86
II. Arbeitszeitverordnung von 1938 – Wiederholte Neufassung	88
1. Verengung des Anwendungsbereichs	89
2. Kleinere gesetzliche Änderungen bei inhaltlich maßgeblicher Uminterpretation	90
3. Änderungen der Mehrarbeitsvergütung in § 15 AZO und inhaltliche Uminterpretation	91
III. Außerkraftsetzen arbeitszeit- sowie arbeitsrechtlicher Prinzipien ab 1939	92

D. Entwicklung der Rechtslage in der Bundesrepublik Deutschland bis 1994	93
I. Rechtslage in der unmittelbaren Nachkriegszeit von 1945 bis 1949	94
1. Fortgeltung der Arbeitszeitordnung von 1938 und ihrer Interpretation seit der NS-Zeit	94
2. Handhabung von Überstunden und Mehrarbeit	95
II. Rechtsentwicklung von 1950 bis 1994	96
1. Überblick über die allgemeine Entwicklung des Arbeitszeitrechts	96
a) Bleibendes nationalsozialistisches Erbe	97
b) Schwindende Bedeutung des gesetzlichen Arbeitszeitrechts	98
2. Von der Leistungspflicht zur Anordnungsvoraussetzung	100
a) Aufgabe einer allgemeinen Pflicht zur Leistung von Überstunden- und Mehrarbeit	101
b) Anordnungsbefugnis und einseitiges Leistungsbestimmungsrecht	104
c) Konturierung der Pflicht zur Überstundenleistung in Not- und außergewöhnlichen Fällen	108
d) Inhaltliche Bestimmung der Anordnungsbefugnis	109
3. Zunehmende Irrelevanz der Vorgaben in § 6 AZO	111
a) Weitestmögliches Verständnis der kollektiven Vorgabe	112
b) Restriktive Auslegung des Begriffs der regelmäßigen Arbeitszeit	112
4. Zunehmende Einschränkung des Vergütungsanspruchs	113
a) Zulässigkeit einer umfassenden Vergütungspauschale	114
b) Anspruch auf Grundvergütung als Voraussetzung für einen Zuschlag	116
c) Nichtbestehen eines allgemeinen Vergütungsgrundsatzes	119
d) Nacharbeitspflicht ohne Vergütung bei arglistigem oder missbräuchlichem Verhalten	123
e) Strengere Darlegungs- und Beweisanforderungen an Arbeitnehmer	126

f) Zunehmende Einschränkungen für leitende Angestellte	127
aa) Zunehmende Erweiterung der Ausschlussregel § 1 Abs. 2 Nr. 2 AZO	128
(1) Keine allgemeingültige Definition, aber Rechtsprechungstendenzen	129
(2) Leitende Angestellte im Sinne der AZO	130
(3) Die zusätzlichen Kriterien aus § 1 Abs. 2 Nr. 2 AZO	133
bb) Prinzipieller Vergütungsausschluss für leitende Angestellte	135
(1) Missachtung der Gesetzesystematik	137
(2) Verstoß gegen vertragsrechtliche Prinzipien	138
(3) Durchsetzung von Arbeitgeberinteressen bei Verlagerung des Unternehmensrisikos	140
g) Abschließende Gesamtschau	142
5. Rechtsentwicklung im Rahmen von § 612 BGB für Überstunden	142
E. Entwicklung der Rechtslage seit Geltung des ArbZG ab 1994	145
I. Überblick über die allgemeine Entwicklung des Arbeitsrechts	146
1. Die Reform des öffentlich-rechtlichen Arbeitszeitrechts	146
a) Weg zur Reform	146
b) Die Hauptregelungen des ArbZG	149
c) Auswirkungen der Gesetzesreform auf Überstunden- und Mehrarbeitssachverhalte	152
2. Sonstige relevante legislative Entwicklungen	153
3. Interpretative Entwicklungen	154
a) Ende des personenrechtlichen Gemeinschaftsverhältnisses	154
b) Behandlung leitender Angestellter	155
c) Schwerpunktthema: Flexibilisierung	158
aa) Arbeitgeberseitiges Interesse an möglichst umfassender Flexibilität	158
bb) Nur abstrakte Erwägungen zu arbeitnehmerseitigen Interessen	160

II. Schlusspunkt: Rechtsentwicklung von Überstunden bis zur heutigen Handhabung	162
1. Erforderlichkeit einer konkreten Rechtsgrundlage für die Leistungspflicht	163
2. Inhaltliche Charakterisierung der Überstundenleistung	163
a) Abgrenzung von der Arbeit auf Abruf	164
aa) Maßstäbe des BAG	164
bb) Keine gesetzliche Basis für die Maßstäbe	165
cc) Keine tatsächliche Basis für die Maßstäbe	167
dd) Praktische Irrelevanz des Merkmals	168
ee) Abschließende Gesamtschau	169
b) Überschreitung der primär vereinbarten Arbeitszeit und ihr Nachweis	169
c) Ansonsten bislang keine weiteren Regeln zu Inhalt und Umfang von Überstundenleistungen	170
3. Anordnung, Duldung oder Billigung durch den Arbeitgeber	171
a) Grundlegende Vorgaben der Rechtsprechung	172
b) AGB-Kontrolle von Anordnungsklauseln	174
4. Bezahlung der Überstundenleistung	177
a) AGB-Kontrolle von Abgeltungsklauseln	177
b) Überstundenvergütung nach § 612 Abs. 1 BGB	178
aa) Merkmal der Vergütungserwartung	180
bb) Fortführung und Erweiterung der Fallgruppen aus der AZO	182
F. Gesamtergebnis und Schlussfolgerungen	183
Kapitel 3 – Bestimmung von Überstunden und ihren Tatbestandsvoraussetzungen	185
A. Einleitung	185
B. Grundlegende Bestimmung von Überstunden	185
I. Überstundenleistung als Arbeitsleistung	186
II. Definition von Überstunden	187
1. Bezugnahme auf eine regelmäßige Arbeitszeit	187
a) Historische Bedeutung des Begriffs der regelmäßigen Arbeitszeit	188
b) Heutiger Anachronismus	189

c) Korrektur: Primär vereinbarter Arbeitszeitumfang	191
2. Notwendigkeit der Überschreitung eines Arbeitszeitumfangs	192
a) Historische Bedeutung der Überschreitung von Arbeitszeit	192
b) Heutiger Anachronismus	193
aa) Maßgebliche Verteilungszeiträume	193
bb) Kein zwingendes Ausschöpfen des primär vereinbarten Arbeitszeitumfangs	196
cc) Verzicht auf das Merkmal der Überschreitung?	200
c) Korrektur: Quantitative Überschreitung der Flexibilisierungsgrenze	203
3. Weiteres Merkmal: Optionalität von Überstunden	204
a) Abgrenzung vom primär vereinbarten Arbeitszeitumfang	204
b) Parteiautonome Gestaltungsmöglichkeiten	205
c) Vertragliche Basis von Überstunden	207
4. Ergebnis und abschließender Neudefinitionsvorschlag	208
<b>C. Anforderungen an die Optionalität von Überstunden</b>	<b>209</b>
I. Anfallhäufigkeit und -regelmäßigkeit von Überstunden	209
1. Fehlende Tragfähigkeit der Kriterien	210
2. Vorrang der Parteigestaltung	211
3. Abgrenzung von der Arbeit auf Abruf nach § 12 TzBfG	212
a) Ursprung des Abgrenzungsproblems	212
b) Abgrenzung aus dem Blickwinkel des § 12 TzBfG	214
c) Überstunden als Arbeit auf Abruf nach § 12 TzBfG?	216
d) Teleologische Reduktion des Anwendungsbereichs von § 12 TzBfG	218
aa) Voraussetzungen einer wirksamen Rechtsfortbildung	218
bb) Gesetzeslücke	220
cc) Planwidrigkeit und Gleichbehandlung ungleicher Sachverhalte	221
dd) Zurückführung auf die gewollte Regelungsreichweite	226
4. Ergebnis und Schlussfolgerungen	226

II. Veranlassung oder Zurechnung von Überstunden	227
1. Unbestimmte Merkmalskategorien	228
a) Funktionalität allein hinsichtlich eines Arbeitsvertragsverhältnisses	229
b) Kategorie der Anordnung oder Veranlassung	230
c) Kategorien der Duldung und Billigung	231
aa) Duldung einer Überstundenleistung	232
(1) Übertragung der Grundsätze der Duldungsvollmacht?	232
(2) Übertragung anderer Duldungskonzepte?	236
(3) Einbeziehung über die Grundsätze des fehlerhaften Arbeitsverhältnisses?	237
(4) Ergebnis	241
bb) Billigung einer Überstundenleistung	241
(1) Übertragung der Grundsätze des rechtsgeschäftlichen Stellvertretungsrechts?	242
(2) Genehmigung im Sinne einer Geschäftsführung ohne Auftrag?	243
(3) Ursprung aus dem personenrechtlichen Gemeinschaftsverhältnis?	244
(4) Konsensuale, vertragliche Einbeziehung ins Arbeitsverhältnis	245
(5) Ergebnis	249
d) Fazit	250
2. Rechtliche Inkonsistenzen der Anordnung	251
a) Handhabung wie ein Weisungsrecht	251
b) Fehlende Berücksichtigung des privatautonomen Willens der Parteien	253
aa) Schuldrechtliche Grundwertung: Einseitige Leistungsbestimmung als Ausnahme	254
bb) Arbeitsrechtliche Grundwertung: Konsensuale Festlegung des Leistungsbeginns	255
cc) Übertragung auf Überstundenvereinbarungen	258
(1) Grundsätze	259
(2) Anwendung und exemplarische Gestaltungsmöglichkeiten	261
dd) Ergebnis	263

c) Inkonsistente Merkmalsanwendung	264
aa) Vermeidung einer AGB-Kontrolle und fehlende Konsequenzen bei unwirksamer Klausel	264
bb) Fehlende Ausübungskontrolle	268
cc) Fragliche Wirkung bei außervertraglicher Überstundenleistung	271
dd) Ergebnis	272
d) Fazit	273
3. Fragliche materiellrechtliche Zwecksetzung	274
a) Widerspruch zum Prinzip vertraglich begrenzter, fremdbestimmter Leistungserbringung	274
aa) Konsensuales Vertragsprinzip	275
bb) Arbeitsvertragsrechtliche Grundwertungen des § 611a Abs. 1 BGB	275
cc) Praktische Abgrenzung von vertraglichen und außervertraglichen Tätigkeiten	279
dd) Ergebnis und Schlussfolgerungen	281
b) Hinreichende arbeitgeberseitige Handhabungsmöglichkeiten	281
aa) Abwehrmöglichkeiten	282
bb) Vorangehende Arbeitgeberverantwortlichkeit für Arbeitsmengen	283
(1) Herleitung der Arbeitgeberverantwortlichkeit	283
(2) Unterbrechung durch Arbeitnehmerhandeln	285
(3) Weiterüberlegt: Bereits Veranlassung kraft Arbeitsorganisationsverantwortung?	288
(4) Ergebnis und Schlussfolgerungen	292
cc) Umgekehrt: Situation des Arbeitnehmers	292
c) Fazit	294
4. Prozessual vermittelte Zwecksetzung: Verhinderung von Vergütungsansprüchen?	295
a) Bisherige Nachweisanforderungen des Arbeitnehmers	295
b) Übereinstimmung mit zivilprozessualen Grundsätzen	298
aa) Grundlagen der Darlegungs- und Beweislast	298

bb) Voraussetzungen erhöhter Darlegungsanforderungen	300
cc) Zusammenspiel mit vorangehenden Prüfungsebenen	305
dd) Schlussfolgerungen und weiterführende Erwägungen	306
c) Verschiebung der Darlegungs- und Beweislast zur Verhinderung des Zahlungsanspruchs?	308
5. Fazit: Privatautonomie und betriebliche Verantwortungssphären	310
<b>D. Gesamtergebnis</b>	<b>311</b>
<b>Kapitel 4 – Rechtsgrundlagen einer Überstundenleistung</b>	<b>315</b>
A. Einleitung	315
B. Überstundenleistung auf vertraglicher Grundlage	315
I. Überstunden im Rahmen einer arbeitsvertraglichen Hauptleistungspflicht	316
1. Eigene vertragliche Rechtsgrundlage erforderlich	316
2. Überstundenabrede als Teil des Arbeitsvertrags	317
3. Art und Weise der Leistungsbestimmung	319
4. Fazit	320
II. Überstunden im Rahmen einer Neben-, Nebenleistungs- oder Treuepflicht	320
1. Diffuse Voraussetzungen und Rechtsfolgen	321
2. Inkompatibilität mit heutiger Schuldrechtsdogmatik	325
a) Pflichtenkategorien der Schuldrechtsdogmatik	326
b) Einordnung der Überstundenleistung als Hauptleistung	330
c) Pflichtenkategorien der Neben- und Nebenleistungspflicht unpassend	330
aa) Überstundenarbeit ist keine Nebenpflicht	330
bb) Überstundenarbeit ist keine Nebenleistungspflicht	331
(1) Leistungsmaßstab: „alles zu unternehmen“	332
(2) Leistungsmaßstab: Erreichen einer „hinreichenden Leistung“ der versprochenen Dienste	333

(3) Leistungsmaßstab: Vereitelung des Leistungszwecks unterbinden	335
(4) Ergebnis und Schlussfolgerungen	337
cc) Integrationsversuch der historischen Treuepflicht	337
d) Überstundenleistung im Rahmen einer Treuepflicht gem. § 242 BGB?	338
3. Fazit	339
<b>III. Ergebnis</b>	<b>340</b>
<b>C. Überstundenleistung im außervertraglichen Rahmen</b>	<b>341</b>
I. Keine Verdrängung durch die Grundsätze des fehlerhaften Arbeitsverhältnisses	342
II. Überstundenleistung im Rahmen einer Geschäftsführung ohne Auftrag	342
1. Anwendungsfälle der Geschäftsführung ohne Auftrag	343
2. Vorliegen einer Geschäftsführung ohne Auftrag und Fremdgeschäftsführungsweise	343
a) Überstundenleistung bei unwirksamer Vertragsbestimmung	345
b) Überstundenleistung ohne vertragliche Vereinbarung	346
aa) Fremdgeschäftsführungsweise und unbewusste Arbeitszeitüberschreitung	346
bb) Normative Einschränkung aufgrund des Vorrangs der Privatautonomie	347
(1) Übertragbarkeit auf arbeitsrechtliche Sachverhalte	348
(2) Erfasste Situationen und Maßstäbe	350
c) Ergebnis und Schlussfolgerungen	353
3. Willens- oder interessengerechte Übernahme der Geschäftsführung oder Genehmigung	354
a) Anforderungen an eine berechtigte Geschäftsführung ohne Auftrag	355
b) Aussagekraft von § 681 S. 1 BGB	359
c) Ansonsten: Unberechtigte Geschäftsführung ohne Auftrag	361
d) Schlussfolgerungen	362
4. Fazit	362

III. Überstundenleistung ohne rechtliche Grundlage	363
D. Gesamtergebnis	363
 Kapitel 5 – Vergütung oder sonstige Kompensation einer Überstundenleistung	365
A. Einleitung	365
B. Quasigesetzliche Überstundenvergütungsnorm § 612 Abs. 1 BGB	366
I. Allgemeine Voraussetzungen von § 612 Abs. 1 BGB	367
1. Dienstleistung im Sinne von § 612 Abs. 1 BGB	368
2. Problematische Vergütungsvereinbarung	370
a) Grundlegende Einordnung einer Vergütungsvereinbarung	370
b) Allgemeine Integration von § 612 Abs. 1 BGB	372
c) Integration des § 612 Abs. 1 BGB im arbeitsrechtlichen Kontext	377
d) Übertragbarkeit auf Überstundensachverhalte	382
aa) Allgemeiner Maßstab	383
bb) Gesamtvertraglicher Bezug	384
cc) Rechtsprechungsverständnis	388
dd) Ergebnis und abschließende prozessuale Hinweise	389
e) Schlussfolgerungen	390
3. Erwartung der Dienstleistung nur gegen eine Vergütung	391
a) Methodische Maßstabsherleitung	392
aa) Historie	393
bb) Wortlaut	398
(1) Bezug der Erwartung auf die Dienstleistung	398
(2) Merkmal der Umstände im Plural	400
(3) Maßstab für die Erwartungsbeurteilung	401
(4) Zwischenergebnis	402
cc) Systematik	402
(1) Konkretisierung der Umstände	402
(2) Maßstab für die Erwartungsbeurteilung	405
(a) Abgleich mit dem objektiven Empfängerhorizont	405
(b) Abgleich mit den Leitbildern der §§ 611 Abs. 1, 611a Abs. 2 BGB	409

(3) Zwischenergebnis	411
dd) Telos	412
(1) Konkretisierung der Umstände	412
(2) Maßstab für die Erwartungsbeurteilung	414
(3) Zwischenergebnis	417
b) Schlussfolgerungen	417
4. Fazit	419
II. Zulässige Umgestaltung des § 612 Abs. 1 BGB?	420
1. Voraussetzungen einer wirksamen Rechtsfortbildung	421
2. Erweiterung des Anwendungsbereichs:	
Vertragswillensunabhängige Dienstleistung	423
a) Herleitung der Normveränderungen	424
b) Zulässige Rechtsfortbildung?	427
aa) Gesetzeslücke	428
bb) Planwidrigkeit	428
c) Zwischenergebnis	432
3. § 612 Abs. 1 BGB als Anspruchsgrundlage	433
a) Herleitung der Normveränderungen	434
b) Zulässige Rechtsfortbildung?	434
aa) Gesetzeslücke	435
bb) Planwidrigkeit	436
(1) Gesetzgeberisches Regelungsanliegen	437
(2) Übergeordnetes Regelungsanliegen	437
(a) Vertragliche Anspruchsgrundlage	438
(b) Gesetzliche Anspruchsgrundlagen	438
(3) Abschaffung des § 15 AZO	439
c) Zwischenergebnis	440
4. Vergütungserwartung im Rahmen von Überstundensachverhalten	440
a) Anforderungen an Ausfüllung und Rechtsfortbildung eines unbestimmten Rechtsbegriffs	441
b) Allgemein veränderter Prüfungsmaßstab	444
aa) Unmittelbarer Bezug des Erwartungsmerkmals auf die Vergütung	445
bb) Umgekehrtes Regel-Ausnahme-Verständnis	445
cc) Objektiver Maßstab unter Berücksichtigung mehrerer Kriterien	449
dd) Zwischenergebnis	452

c) Ausschlussfallgruppen	452
aa) Fallgruppe 1: Ausschluss von Arbeitnehmern, die Dienste höherer Art leisten	453
(1) Zulässige Rechtsfortbildung?	454
(a) Regelungskonzept und -kontext des § 612 Abs. 1 BGB	454
(b) Erweiternde Übertragung des historisch mit der AZO verknüpften Verständnisses	457
(2) Implizite Fortführung des Ausschlusses leitender Angestellter und Chefärzte	460
(3) Ergebnis und Schlussfolgerungen	462
bb) Fallgruppe 2: Ausschluss von Arbeitnehmern mit herausgehobener Vergütung	463
(1) Zulässige Rechtsfortbildung?	464
(a) Regelungskonzept und -kontext des § 612 Abs. 1 BGB	464
(b) Veränderter Arbeitsvertragstypus ab einer bestimmten Gehaltshöhe	467
(c) Arbeitszeitrechtlicher Bezug der Beitragsbemessungsgrenze	469
(d) Rückausnahme bei Überschreiten der 48. Wochenstunde?	479
(e) Zwischenergebnis	481
(2) Formal fragwürdige Einführung der Fallgruppe	482
(3) Praktische Anwendungsprobleme	485
(4) Ergebnis und Schlussfolgerungen	487
cc) Fallgruppe 3: Verschränkung von erfolgsbezogener und tätigkeitsbezogener Vergütung	487
(1) Zulässige Rechtsfortbildung?	489
(a) Regelungskonzept und -kontext des § 612 Abs. 1 BGB	489
(b) Übergeordnetes Wertungsprinzip	490
(2) Ergebnis und Schlussfolgerungen	494

dd) Fallgruppe 4: Ausschluss bei vereinbartem Freizeitausgleich	495
(1) Anwendungsbereich von § 612 Abs. 1 BGB	495
(2) Interpretation der Vergütungserwartung	496
(3) Ergebnis und Schlussfolgerungen	497
d) Abschließende Bewertung	497
5. Fazit	499
III. Ergebnis	500
<b>C. Schuldrechtliche Vergütungs- oder Kompensationsansprüche</b>	<b>501</b>
I. Vertraglicher Vergütungsanspruch	501
II. Außervertragliche Kompensationsansprüche	505
1. Ansprüche auf Basis der Regeln der Geschäftsführung ohne Auftrag	505
a) Vergütungsanspruch nach §§ 683 S. 1, 670 BGB iVm § 1835 Abs. 3 BGB analog	505
b) Anspruch auf Basis von § 684 S. 1 BGB	507
2. Bereicherungsrechtliche Kompensationsansprüche	508
a) Erfasste Sachverhalte	508
b) Anwendungsvoraussetzungen der Bereicherungstatbestände	509
aa) Etwas erlangt	509
bb) Durch Leistung oder auf sonstige Weise auf Kosten des Bereicherungsgläubigers	512
(1) Leistungskondiktion	513
(2) Nichtleistungskondiktion	514
cc) Kein Rechtsgrund oder Erfolgseintritt	514
dd) Zwischenergebnis	515
c) Kein Ausschlussgrund	516
aa) Kein Ausschluss nach § 814 BGB	516
bb) Kein Ausschluss durch § 817 S. 2 BGB	518
cc) Übertragung der Ausschlussgründe aus § 612 Abs. 1 BGB?	522
d) Umfang des bereicherungsrechtlichen Anspruchs	524
aa) Wertersatz für die Arbeit nach § 818 Abs. 2 BGB	524

bb) Kein Entreicherungseinwand nach § 818 Abs. 3 BGB	526
(1) Strukturell vorhandene oder fehlende Bereicherung?	528
(a) Ansicht 1: Automatische Entreicherung vorbehaltlich ersparter Aufwendungen	529
(b) Ansicht 2: Dauerhaft verbleibende Bereicherung	538
(c) Eigene Ansicht: Nur ausnahmsweise Entreicherung, etwa bei einer aufgedrängten Bereicherung	539
(2) Rückausnahme nach §§ 818 Abs. 4, 819 BGB	545
cc) Zwischenergebnis	547
III. Zusammenfassung und Ergebnis	548
D. Gesamtergebnis und Ausblick	549
 Kapitel 6 – Ergebnisse	553
A. Gesamtfazit der Untersuchung	553
B. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	557
 Literaturverzeichnis	571
 Verzeichnis analoger und digitaler Fundstellen historischer Gesetzestexte	603